



August 2006

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen**


Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND August 2006

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte (700 West / 300 Ost) Sonntagsfrage: 1.500 Befragte (1.103 West / 397 Ost)	
Erhebungszeitraum:	31. Juli bis 01. August 2006 Sonntagsfrage: 31. Juli bis 02. August 2006	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Berlin, August 2006
42.80.44017

Analyse

ARD-DeutschlandTREND August 2006

Der von der Bundesregierung in den Eckpunkten der Gesundheitsreform beschlossene Gesundheitsfonds stößt in der Bevölkerung mehrheitlich auf Ablehnung (65 Prozent). Angesichts der anhaltenden kontroversen Debatte um die Gesundheitsreform verbleibt die Bundesregierung im Ansehentief. Mit ihrer Arbeit sind Anfang August nur noch 22 Prozent zufrieden – weniger als mit der rot-grünen Vorgängerregierung kurz vor ihrer Abwahl im September 2005. Die Unzufriedenheit ist nicht auf die Regierungsparteien beschränkt, denn alle Bundestagsparteien werden derzeit mehrheitlich negativ bewertet. Im Vergleich zu den beiden Volksparteien CDU/CSU (31 Prozent positive Bewertungen) und SPD (26 Prozent) schneiden FDP (27 Prozent) und Grüne (23 Prozent) allerdings relativ gut ab.

Die zunehmend kritischere Sicht auf die Arbeit der Bundesregierung ist offenbar in einer wachsenden Skepsis gegenüber der Reformfähigkeit der großen Koalition begründet. Derzeit sind lediglich noch 45 Prozent der Deutschen der Meinung, dass nur die große Koalition die grundlegenden Reformen in den Sozialsystemen durchsetzen kann – vor drei Monaten waren es noch 58 Prozent. 61 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass angesichts des Ausmaßes der Probleme keine Partei sie zu lösen vermag. Auch wenn die Hälfte (51 Prozent) nach eigenen Angaben viele Gesetzesvorhaben gar nicht genau versteht und davon überzeugt ist, dass egal ist, welche Partei regiert (47 Prozent), sind doch drei Viertel (74 Prozent) der Auffassung, dass sich die Politiker mehr um eine gerechte Ausgestaltung der Verhältnisse in Deutschland kümmern sollten. Alternativen zur großen Koalition gibt es aus Sicht der Deutschen allerdings kaum. Zwar sind nur noch 38 Prozent der Auffassung, dass Schwarz-Rot gut für Deutschland sei, andere Konstellationen überzeugen jedoch noch weniger.

Wenn bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die Union wie im Vormonat auf 35 Prozent der Stimmen, die SPD würde erneut 29 Prozent erreichen. Während die FDP (12 Prozent) und die Grünen (10 Prozent) zweistellig bleiben, gäbe die Linkspartei.PDS (9 Prozent) einen Punkt ab.

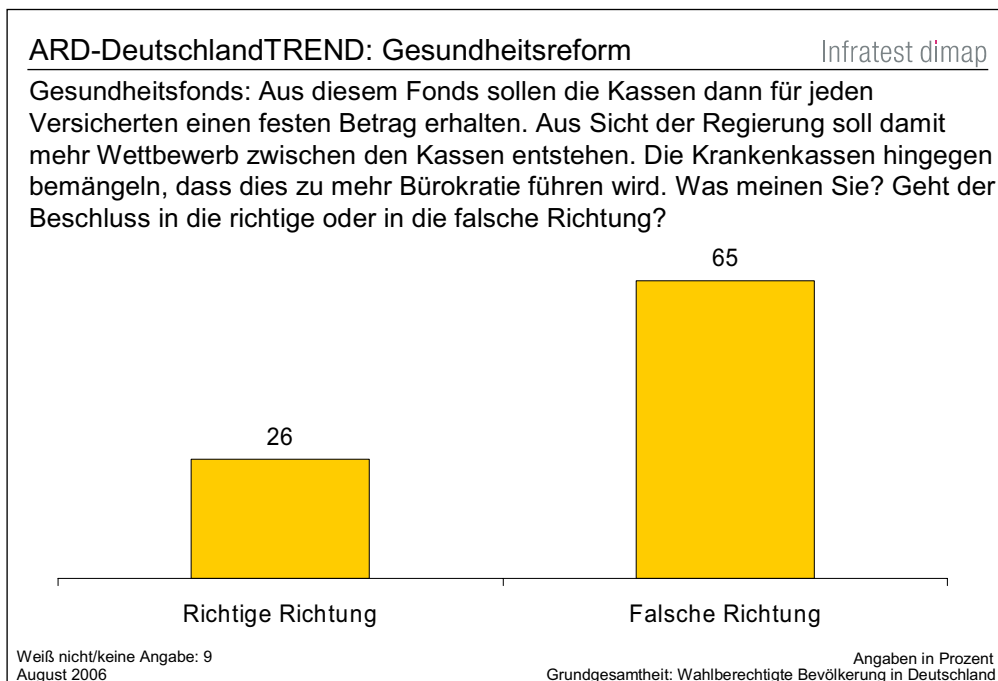
Die für die Liberalen positive politische Stimmung ist auf der personellen und auf der sachlichen Ebene begründet. Für die Hälfte der Wahlberechtigten hat die FDP einen guten Vorsitzenden (52 Prozent), setzt sich zudem am konsequentesten gegen Steuererhöhungen ein und würde es begrüßen, wenn die FDP am Kabinett beteiligt wäre (jeweils 48 Prozent). Zudem formulieren die Liberalen für 43 Prozent ihre politischen Absichten besonders klar und deutlich.

Kanzlerin Angela Merkel hat ihren Spitzenplatz bei der Politikerzufriedenheit an Außenminister Frank-Walter Steinmeier abgeben müssen und muss mit nur noch 56 Prozent Zustimmung den schlechtesten Wert seit Amtsantritt verkraften. Bei einer hypothetischen Direktwahl des Kanzlers hat sich ihr Vorsprung vor dem SPD-Vorsitzenden Kurt Beck auf 7 Punkte verringert.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des DeutschlandTREND vom August, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von acht Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 31. Juli bis 1. August 1.000 und für die Sonntagsfrage vom 31. Juli bis 2. August 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

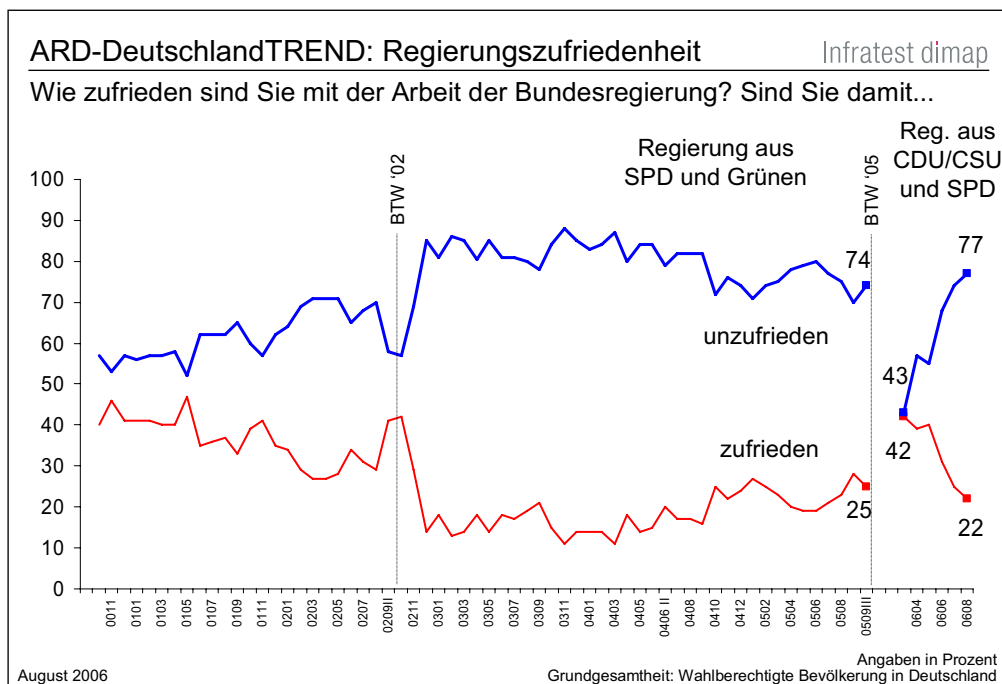
Gesundheitsreform: Mehrheit sieht falsche Weichenstellung

Unmittelbar vor der Sommerpause verabschiedete die große Koalition die Eckpunkte für die weitere Reform des Gesundheitswesens. Vorgesehen ist neben Beitragsanhebungen bei der gesetzlichen Krankenversicherung die Einführung eines Gesundheitsfonds. Während die Regierung sich als Ergebnis der Reform mehr Wettbewerb verspricht, sehen Kritiker, darunter vor allem die betroffenen Krankenkassen, die Gefahr zusätzlicher Bürokratie. In der Bevölkerung stößt die Fondslösung insgesamt nur auf wenig Zuspruch. Für zwei Drittel (65 Prozent) geht der Beschluss in die falsche Richtung, nur jeder Vierte (26 Prozent) äußert sich positiv. Die Kritik an der Gesundheitsreform geht quer durch alle Anhängerschaften. Besonders deutlich fällt sie in den Reihen von Linke.PDS- und FDP-Anhängern aus.



Unzufriedenheit mit der Bundesregierung nimmt weiter zu

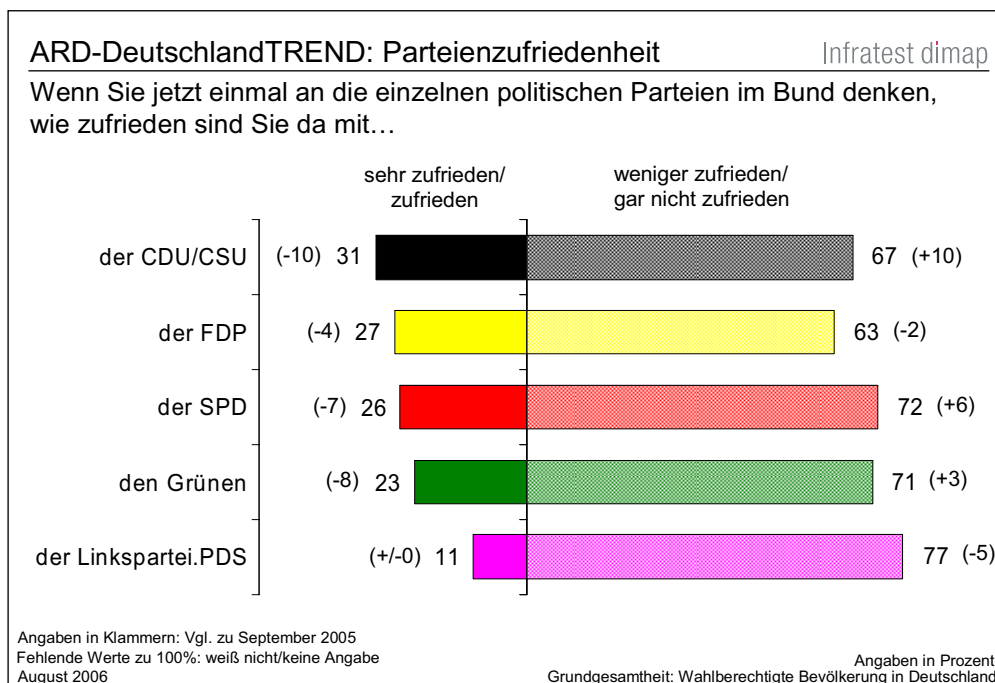
Vor dem Hintergrund der anhaltenden kontroversen Debatte um die Eckpunkte der Regierung zur Gesundheitsreform verbleibt die Bundesregierung im Ansehenstief. Mit ihrer Arbeit sind Anfang August nur 22 Prozent der Bevölkerung zufrieden, weniger als mit der rot-grünen Vorgängerregierung kurz vor ihrer Abwahl im September 2005. Jeder Zweite (50 Prozent) zeigt sich mit dem Kurs des Berliner Kabinetts weniger zufrieden, gut ein Viertel (27 Prozent) übt massive Kritik an der Regierung. Dies ist das schlechteste Zeugnis für die große Koalition seit ihrem Amtsantritt.



Auch in den Anhängerschaften beider Koalitionsparteien nimmt der Rückhalt für die Regierung weiter ab. In der Wählerschaft der Union sank die Zahl der positiven Äußerungen in den letzten vier Wochen von 50 auf 44 Prozent, so dass auch hier die Kritik nun mehrheitlich überwiegt. Im Lager der SPD ging die Zustimmung von 30 auf 25 Prozent zurück.

Große Unzufriedenheit mit allen politischen Parteien

Die Unzufriedenheit ist nicht auf die Regierungsparteien beschränkt, alle im Bundestag vertretenen Parteien stehen derzeit stark in der Kritik und werden mehrheitlich negativ bewertet: Zwei Drittel oder mehr Befragte zeigen sich mit ihrer Arbeit weniger oder gar nicht zufrieden. Die Arbeit der Union wird noch am ehesten wohlwollend beurteilt (31 Prozent). Mit dem Kurs der FDP zeigen sich 27 Prozent mehr oder minder einverstanden. Die SPD kommt auf eine Zustimmungsrate von 26 Prozent. Die Grünen werden von 23 Prozent der Bundesbürger gelobt. Den mit Abstand geringsten Zuspruch findet die Linkspartei mit 11 Prozent. Im Vergleich zu den beiden Volksparteien schneiden FDP und Grüne relativ gut ab.

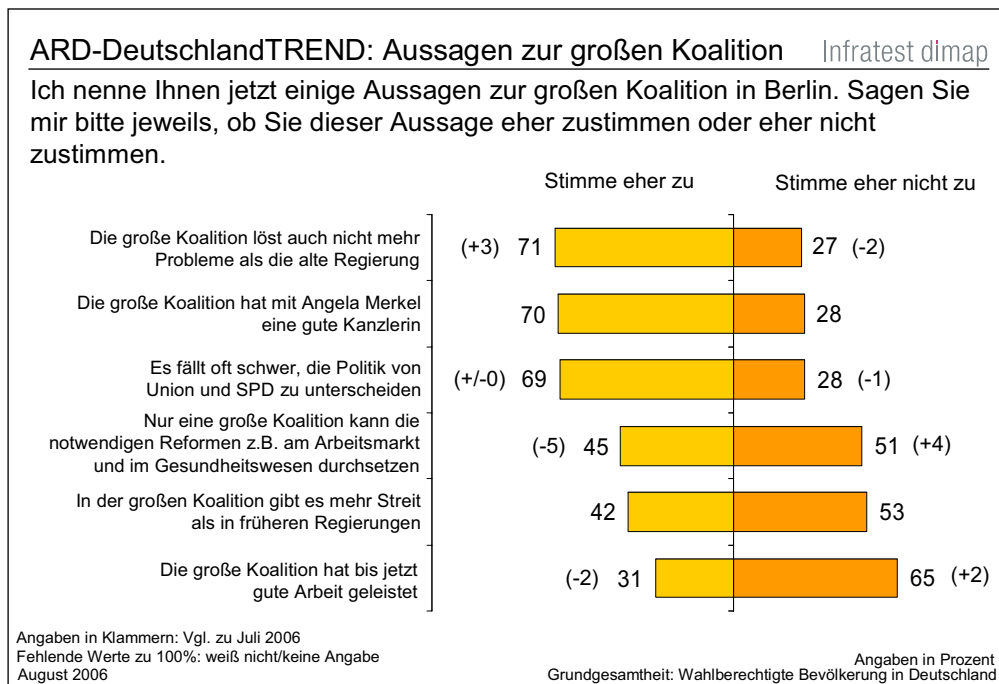


Im Vorfeld der Bundestagswahl im September 2005 fielen die Urteile über die politischen Parteien noch freundlicher aus. Seitdem mussten die Parteien Ansehensverluste hinnehmen, die sich bei der Union, der SPD und den Grünen in der Größenordnung zwischen 7 und 10 Punkten bewegen. Die Liberalen haben ein Minus von 4 Punkten zu verzeichnen. Die Linkspartei verharrt auf ihrem niedrigen Wert vom September letzten Jahres.

Die eigenen Anhängerschaften stehen mehrheitlich hinter ihren Parteien, es gibt jedoch merkbare Unterschiede. Bei den Regierungsparteien ist die Rückendeckung für die Union mit 73 Prozent deutlich höher als die der SPD (61 Prozent). Bei den Oppositionsparteien verfügen FDP (82 Prozent) und die Linkspartei (80 Prozent) über den stärksten Rückhalt, die Grünen erhalten gute Noten von 68 Prozent ihrer Anhänger.

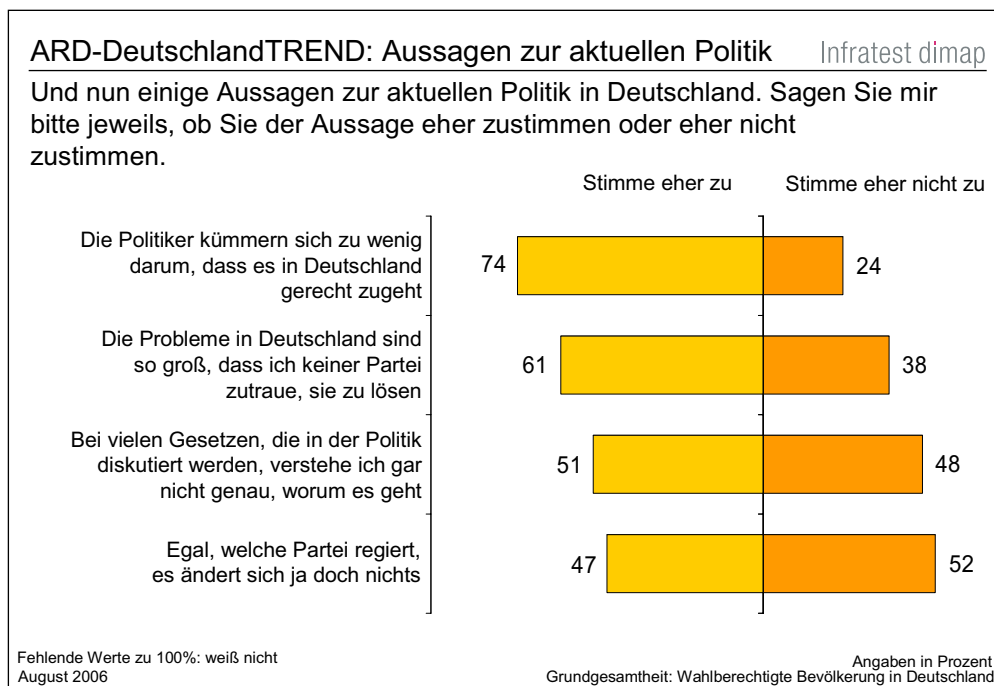
Skepsis gegenüber der großen Koalition nimmt weiter zu

Die zunehmend kritischere Sicht auf die Arbeit der Bundesregierung ist offenbar in einer wachsenden Skepsis gegenüber der Reformfähigkeit der großen Koalition begründet. Vor dem Hintergrund der vereinbarten Eckpunkte für eine Reform des Gesundheitswesens sind derzeit lediglich noch 45 Prozent der Deutschen der Meinung, dass nur die große Koalition die grundlegenden Reformen in den Sozialsystemen durchsetzen kann – vor drei Monaten waren es noch 58 Prozent. Vier von zehn (42 Prozent) sind zudem der Ansicht, dass es mehr Konflikte innerhalb der Regierung gibt als in früheren Kabinetten. Nur ein Drittel (31 Prozent) ist der Ansicht, dass das Kabinett bisher gute Arbeit geleistet hat und sieben von zehn (71 Prozent) gehen davon aus, dass die große Koalition auch nicht mehr Probleme löst als die Vorgängerregierung. Als Pluspunkt erweist sich Angela Merkel, die für 70 Prozent eine gute Kanzlerin der großen Koalition ist.



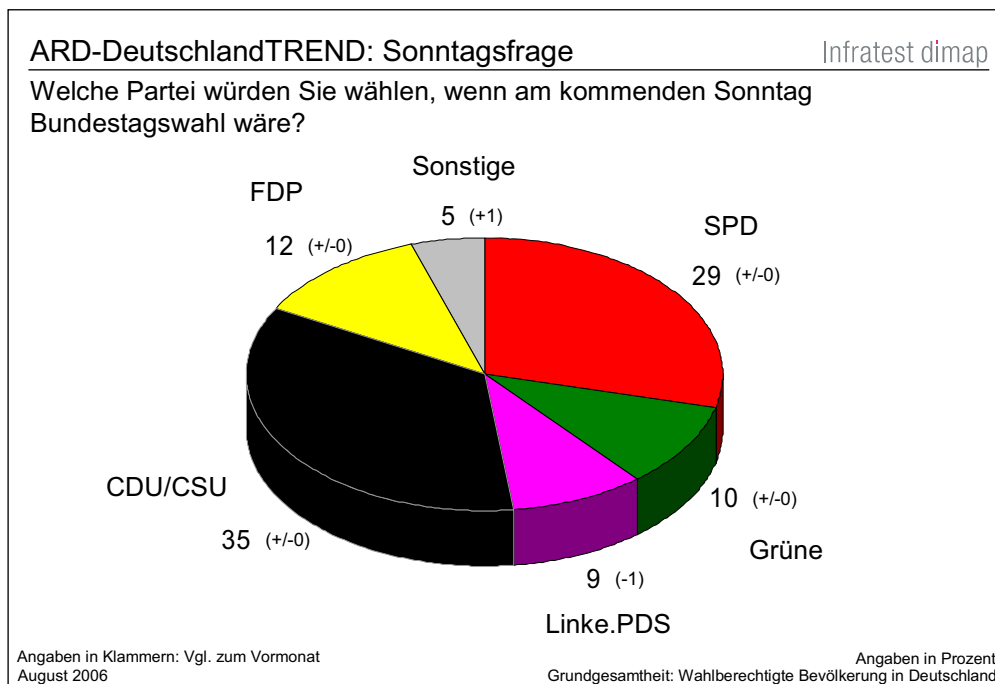
Kritische Gesamtbewertung von Politik und Parteien

Der prinzipielle Blick der Bundesbürger auf die aktuelle deutsche Politik fällt ebenfalls skeptisch aus. Sechs von zehn Bundesbürgern (61 Prozent) trauen angesichts der Größe der Probleme in Deutschland keiner Partei eine wirksame Lösung zu. Noch häufiger als ein Kompetenzdefizit beklagen die Deutschen in der aktuellen Politik einen Gerechtigkeitsmangel: 74 Prozent halten den Politikern vor, sich zu wenig darum zu kümmern, dass es in Deutschland gerecht zugeht. Dass sich die Politik von heute nicht mehr verständlich machen kann, wird dagegen von den Bundesbürgern seltener problematisiert. Immerhin jeder Zweite (51 Prozent) – darunter überdurchschnittlich viele Niedriggebildete – aber kritisiert, dass sie bei vielen in der Politik diskutierten Gesetzen nicht genau verstehen, worum es wirklich geht. Ebenso viele bezweifeln mittlerweile, dass parteipolitisch unterschiedliche Regierungskonstellationen auch mit unterschiedlichen politischen Ergebnissen einhergehen. So glaubt knapp die Hälfte der Bundesbürger (47 Prozent), es sei letztlich egal, welche Partei regiert, da sich ohnehin nichts ändert.



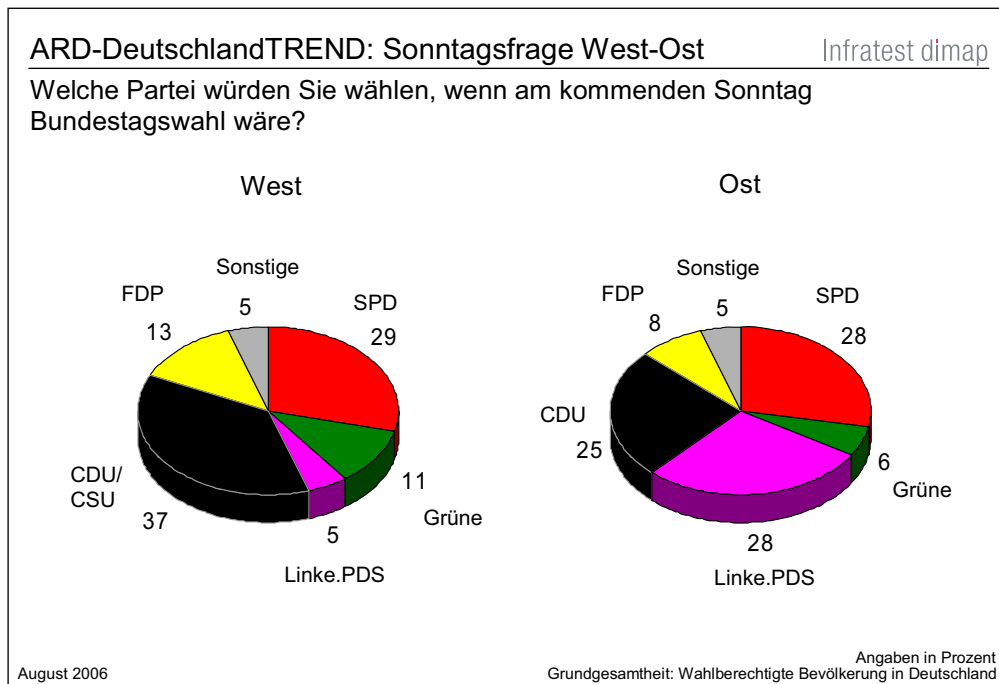
Sonntagsfrage: Union und SPD stabil

Wenn bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die Union wie im Vormonat auf einen Stimmenanteil von 35 Prozent. Die SPD würde erneut 29 Prozent erreichen. Während die FDP (12 Prozent) und die Grünen (10 Prozent) zweistellig bleiben, müsste die Linkspartei.PDS (9 Prozent) einen Punkt abgeben. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 5 Prozent der Stimmen (+1).



Neben der amtierenden großen Koalition hätte derzeit auch eine so genannte Jamaika-Koalition aus Union, FDP und Grünen sowie eine Ampel-Koalition aus SPD, FDP und Grünen eine rechnerische Mehrheit im Parlament.

In den alten Bundesländern sind die Veränderungen zum Vormonat gering. Hier käme die Union erneut auf 37 Prozent der Stimmen. Die SPD verliert einen Punkt und würde derzeit 29 Prozent erreichen. Während von den drei kleinen Parteien die FDP ihren Stimmenanteil um einen Punkt auf 13 Prozent ausbaut und die Grünen erneut 11 Prozent erreichen, muss die Linkspartei.PDS einen Punkt abgeben und käme nur noch auf 5 Prozent.

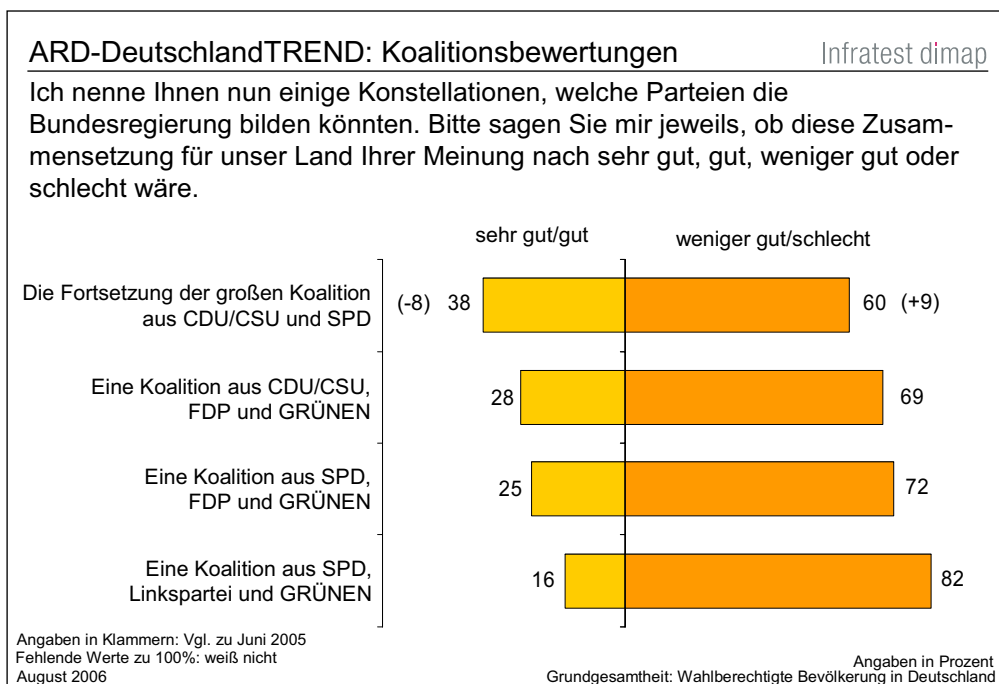


In den neuen Bundesländern sind die Bewegungen im Elektorat etwas größer. Im Unterschied zum Westen kann die SPD hier ihren Stimmenanteil ausbauen (28 Prozent, +3 Punkte) und ist gleichauf mit der Linkspartei.PDS (28 Prozent, +1) stärkste Partei. Demgegenüber verliert die CDU leicht (25 Prozent, -1). Auch die Grünen müssen Einbußen hinnehmen (6 Prozent, -2), während die FDP ihren Wähleranteil stabil hält (8 Prozent).

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

Alternativen zur großen Koalition überzeugen nicht

Auch wenn nur noch wenig mehr als ein Fünftel mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden ist, die Alternativen überzeugen die Deutschen noch weniger. Derzeit sind 38 Prozent davon überzeugt, dass die Fortsetzung der großen Koalition sehr gut bzw. gut für Deutschland wäre, 60 Prozent sind der gegenteiligen Meinung. Von einer "Jamaika"-Koalition aus Union, FDP und Grünen erwarten 28 Prozent positive Effekte – nur wenig mehr als von einer "klassischen" Ampel-Koalition aus SPD, FDP und Grünen (25 Prozent). Dass das Land von einem Bündnis aus SPD, Linkspartei und Grünen vorangebracht werden könnte, glauben lediglich 16 Prozent.

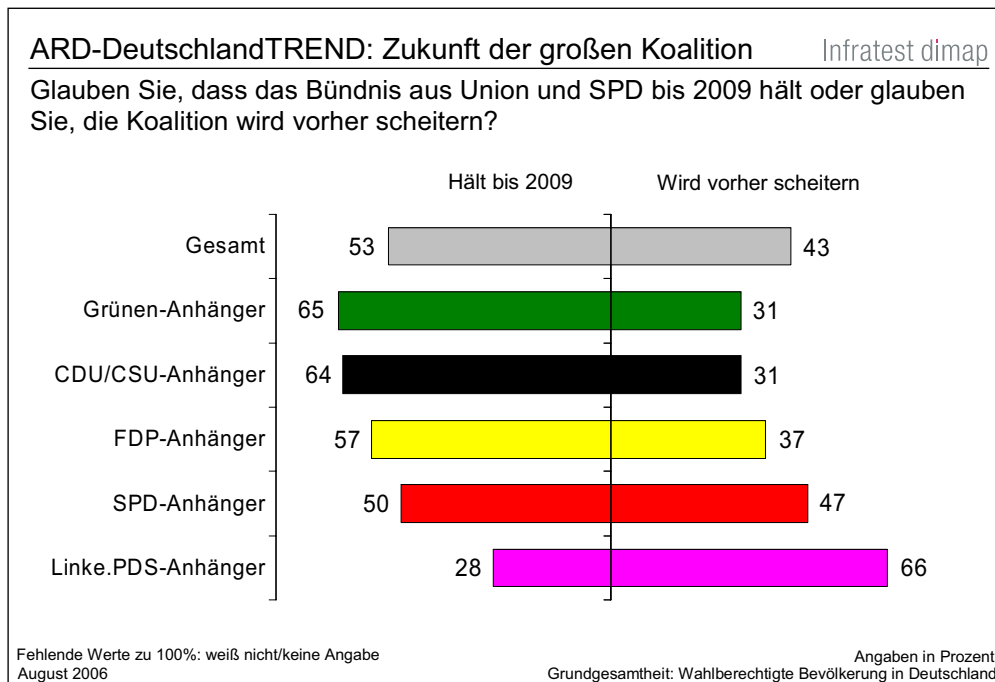


Das Bündnis der beiden Volksparteien war im Vorfeld der Bundestagswahl unter den damals diskutierten Regierungskonstellationen ebenfalls die Variante mit dem meisten Zuspruch, dieser war mit 46 Prozent vor einem Jahr allerdings größer als heute.

Auch die Anhänger der an der Regierung beteiligten Parteien stehen diesem Bündnis skeptisch gegenüber: Jeweils knapp die Hälfte der Unions- und der SPD-Anhänger (48 Prozent) ist der Ansicht, dass Schwarz-Rot weniger gut bzw. schlecht für Deutschland ist.

Große Zweifel an Dauerhaftigkeit der großen Koalition

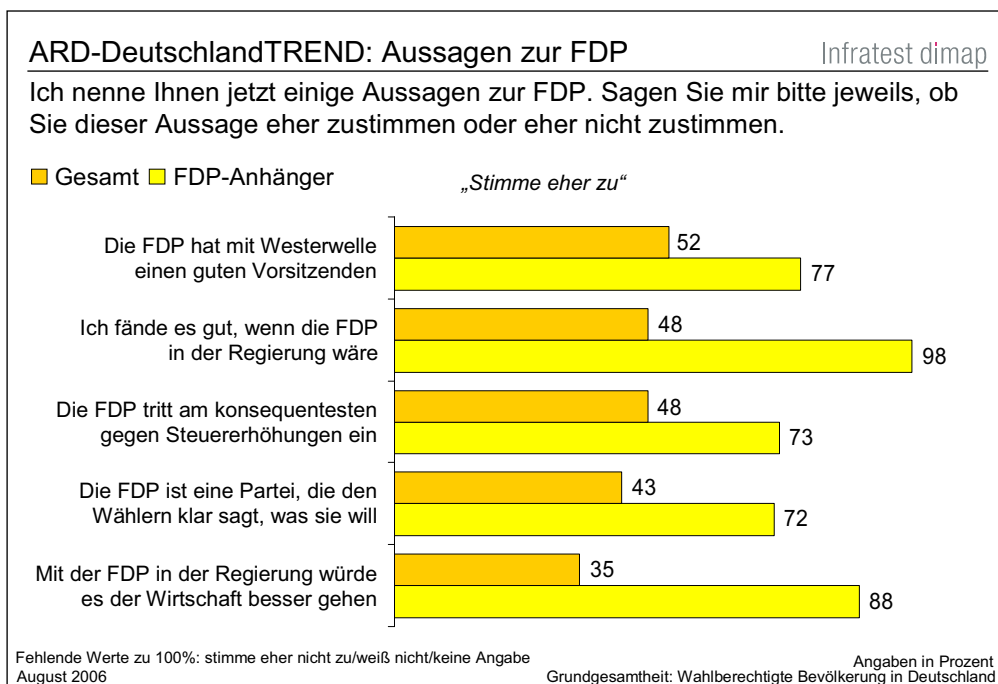
Ob das Regierungsbündnis bis 2009, dem turnusgemäßen Wahltermin, Bestand haben wird, ist aus Sicht von 43 Prozent der Bürger fraglich. Nur eine knappe Mehrheit von 53 Prozent glaubt an die Dauerhaftigkeit von Schwarz-Rot.



Die Analyse der Parteianhängerschaften zeigt, dass die Scheidelinie in dieser Frage nicht zwischen Regierung und Opposition verläuft. Unions-Anhänger sind zu zwei Dritteln (64 Prozent) überzeugt, dass das Bündnis mit der SPD hält, in sozialdemokratischen Reihen ist es nur die Hälfte (50 Prozent). Während zwei Drittel der Grünen-Anhänger (65 Prozent) erwarten, dass die große Koalition die volle Legislaturperiode Bestand haben wird, bezweifelnd dies zwei Drittel in den Reihen der Linkspartei (66 Prozent).

Positive Bewertungen der FDP

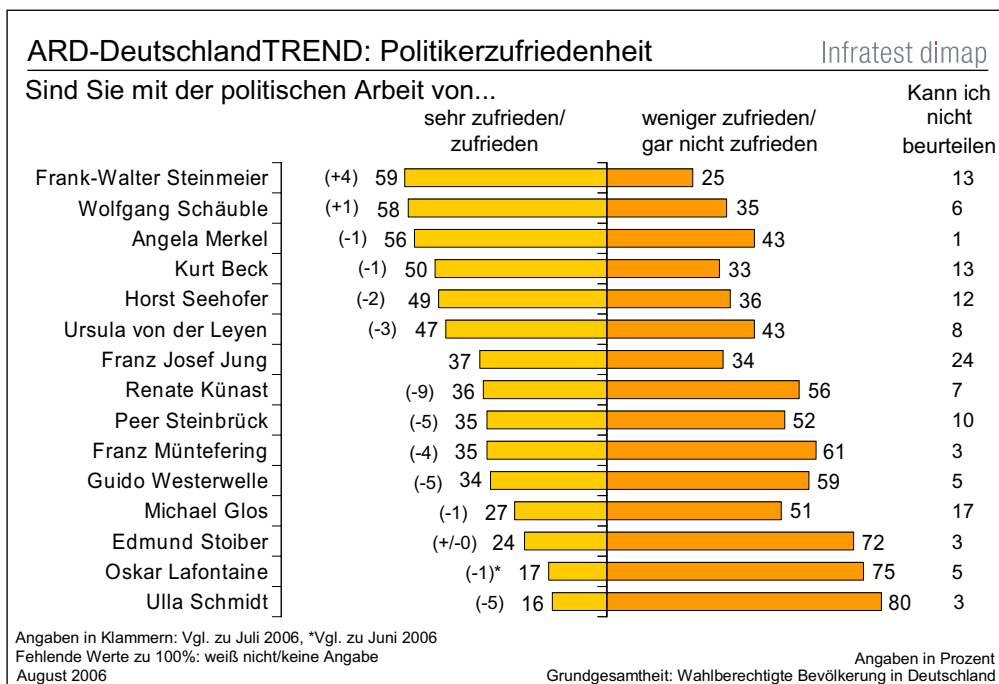
Die für die Liberalen positive politische Stimmung ist auf der personellen und auf der sachlichen Ebene begründet. Die Hälfte der Deutschen (52 Prozent) ist der Ansicht, dass die FDP mit Guido Westerwelle einen guten Vorsitzenden hat. Ebenfalls die Hälfte sähe eine Regierungsbeteiligung der kleinen bürgerlichen Partei gerne (48 Prozent). Gründe dafür sind, dass die Partei von Westerwelle aus Sicht der Bürger ihre politischen Absichten klar und deutlich formuliert (43 Prozent) und konsequent gegen Steuererhöhungen eintritt (48 Prozent). Dass es der Wirtschaft mit einer liberalen Regierungsbeteiligung besser gehen würde, glaubt immerhin ein Drittel (35 Prozent).



Die eigenen Anhänger sind erwartungsgemäß von den Qualitäten ihrer Partei weit stärker überzeugt als der Durchschnitt der Bevölkerung. Dies gilt am stärksten mit Blick auf die Vorteile einer Regierungsbeteiligung der FDP (98 Prozent) und ihrer wirtschaftspolitischen Kompetenz (88 Prozent).

Außenminister Steinmeier auf Platz 1 der Beliebtheitsskala

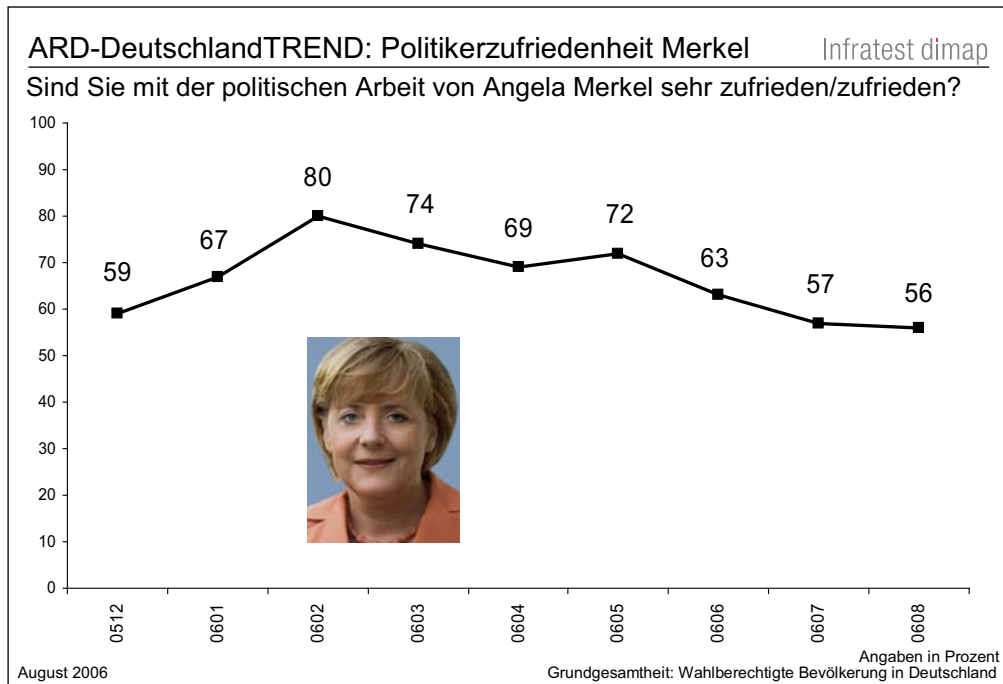
Außenminister Frank-Walter Steinmeier ist der einzige Spitzenpolitiker, der in den zurückliegenden Wochen einen nennenswerten Ansehensgewinn erzielen konnte. Mit einem Plus von 4 Punkten erreicht er derzeit eine Zustimmung von 59 Prozent und liegt damit an der Spitze der Beliebtheitsskala. Innenminister Wolfgang Schäuble kommt mit 58 Prozent wohlwollender Urteile (+1 Punkt) knapp dahinter auf den zweiten Platz. Bundeskanzlerin Angela Merkel erreicht 56 Prozent (-1) und hat damit erstmals seit ihrem Amtsantritt ihren Spitzenplatz als beliebtester Parteipolitiker eingebüßt.



Hinter dem Spitzentrio folgt der SPD-Vorsitzende Kurt Beck, der das Vertrauen von 50 Prozent (-1) der Bevölkerung genießt. Verbraucherminister Horst Seehofer und Familienministerin Ursula von der Leyen gehören trotz leichter Verluste von 2 bzw. 3 Punkten weiterhin zur Gruppe der sechs beliebtesten Politiker im Land. Ihre Zustimmungswerte liegen derzeit bei 49 bzw. 47 Prozent.

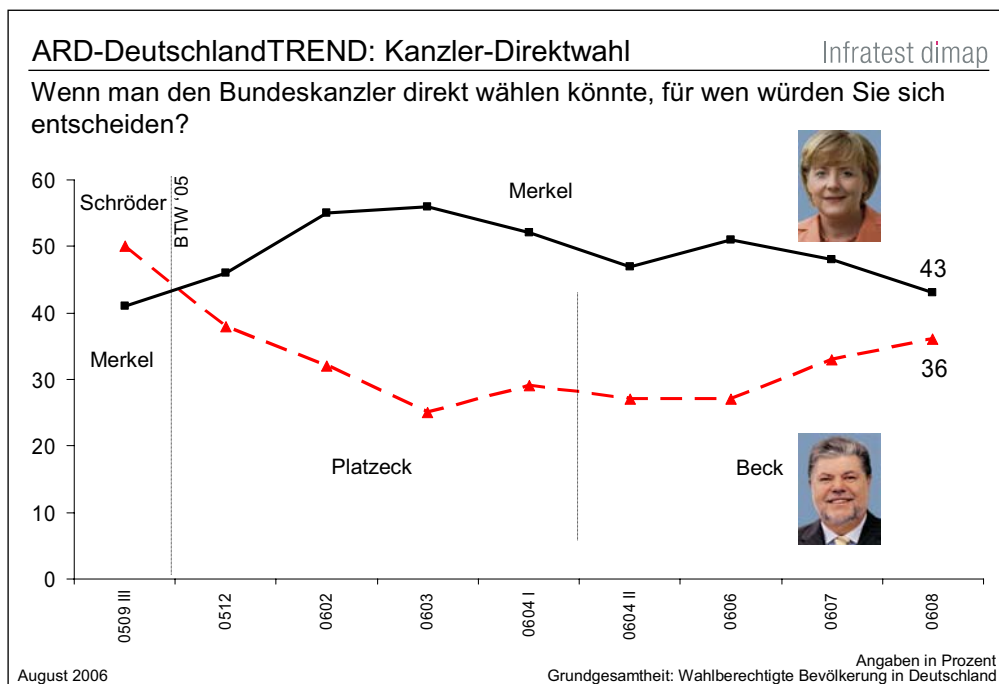
Es folgt ein Mittelfeld von fünf Politikern, die von jeweils rund einem Drittel der Bevölkerung für ihre Arbeit gute Noten erhalten. Zu dieser Gruppe gehört Verteidigungsminister Franz Josef Jung mit einer Zustimmungswerte von 37 Prozent. Etwa ein Viertel der Befragten traut sich kein Urteil über ihn zu. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Renate Künast, hat einen erheblichen Ansehensverlust von 9 Punkten zu verzeichnen und mit 36 Prozent ihren großen Gewinn aus dem Vormonat wieder eingebüßt. Merkliche Einbußen müssen auch Finanzminister Peer Steinbrück (35 Prozent, -5), Arbeitsminister Franz Müntefering (35 Prozent, -4) und FDP-Chef Guido Westerwelle (34 Prozent, -5) hinnehmen.

Am unteren Ende der Skala finden sich weiterhin Wirtschaftsminister Michael Glos mit 27 Prozent (-1) und der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber mit unverändert 24 Prozent. Den letzten Platz nimmt Gesundheitsministerin Ulla Schmidt ein, die im Vergleich zum Juli einen Verlust von 5 Punkten zu verzeichnen hat und jetzt nur noch die Zustimmung von 16 Prozent der Bevölkerung findet. Damit liegt sie noch knapp hinter dem Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei Oskar Lafontaine mit 17 Prozent (-1).



Kanzleralternative: Vorsprung für Angela Merkel schmilzt weiter

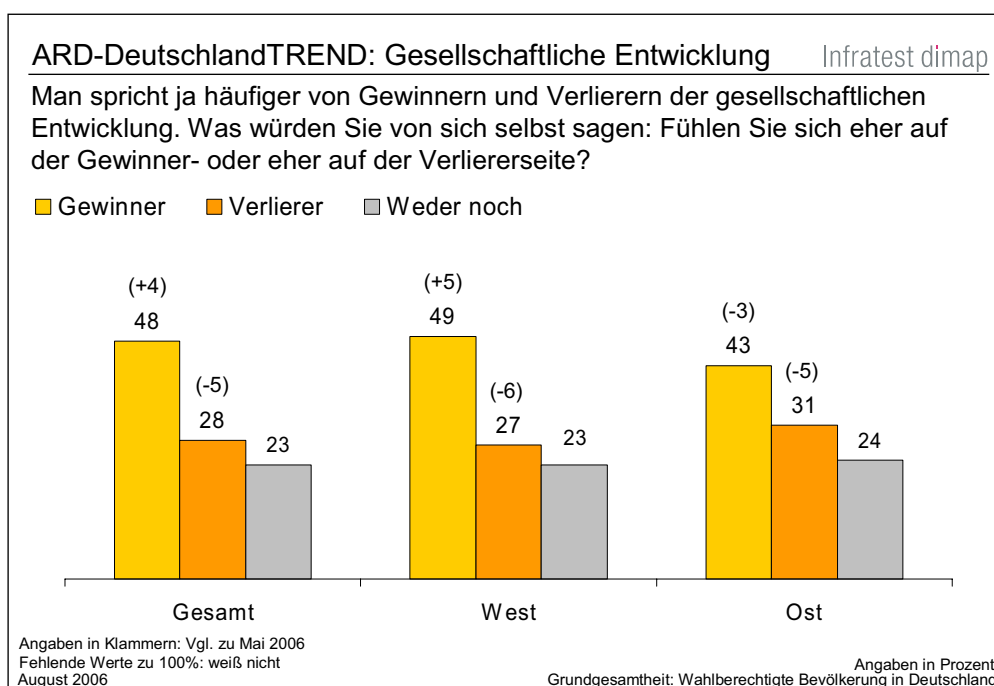
Bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers könnte die Amtsinhaberin derzeit 43 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Ihr möglicher Herausforderer Kurt Beck könnte 36 Prozent der Wähler hinter sich bringen. Im Vergleich zum Juli bedeutet dies ein weiteres Minus von 5 Punkten für Angela Merkel und ein Plus von 3 Punkten für den Sozialdemokraten. Damit hat sich der Vorsprung für die Kanzlerin von zuvor 15 auf nunmehr 7 Punkte verringert. Dies ist der geringste Abstand zwischen den beiden Aspiranten auf das Kanzleramt, seit dem Kurt Beck als Herausforderer antritt.



Die Unterstützung für Angela Merkel ist auch in den eigenen Reihen zurückgegangen (minus 9 Punkte). Sie genießt mit 80 Prozent jedoch nach wie vor größeren Rückhalt in der eigenen Anhängerschaft als der SPD-Chef (63 Prozent).

Fast jeder Zweite fühlt sich auf der Gewinnerseite

Die erheblichen Änderungen in den wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, welche die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland in den letzten Jahren kennzeichnen, wirken sich direkt auf der persönlichen Ebene der Bürger positiv oder negativ aus. Derzeit erklärt fast jeder Zweite (48 Prozent), dass der Gang der Dinge ihm persönlich alles in allem eher Vorteile bringe, während sich 28 Prozent aufgrund der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung als Verlierer fühlen. Knapp ein Viertel (23 Prozent) rechnet sich weder der einen noch der anderen Seite zu.



Die Stimmung hat sich in den letzten Monaten sichtlich gebessert. Im Vergleich zum Mai stieg die Zahl der subjektiven Gewinner um 4 Punkte, die der Verlierer sank um 5 Punkte. Diese Entwicklung vollzog sich allerdings vorwiegend in den westlichen Bundesländern. In Ostdeutschland ist zwar auch der Anteil der Verlierer zurückgegangen (-5 Punkte), der Anteil der Gewinner ist jedoch ebenfalls um 3 Punkte gesunken, da der Anteil derjenigen zugenommen hat, die angeben, dass sich Vor- und Nachteile die Waage halten.

Als Verlierer der Modernisierung betrachten sich in erster Linie Arbeitslose (59 Prozent), Arbeiter und Niedrigverdienende (je 45 Prozent) sowie Bürger mit niedrigen Bildungsabschlüssen (43 Prozent). Bei den Anhängern der Linkspartei (53 Prozent) und den Nichtwählern (46 Prozent) überwiegt ebenfalls das Gefühl, von der Entwicklung abgeschnitten zu sein.